

**Beschlossene Anträge der 127. Landesdelegiertenkonferenz der LSV NRW
vom 17. bis 19. Mai 2019 im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick**

Beschlossene Anträge an die Satzung

Tagespräsidium

§3 Punkt 10 der Satzung ersetzt durch:

Die Sitzungen der LDK werden von einem zwei- bis dreiköpfigen Präsidium geleitet, das vom Landesorstand vorgeschlagen und von der LDK gewählt wird. Auch für das Präsidium gilt die Quotierung §1 Nr. 1.2 & 1.3 des Geschlechterstatuts.

Workshop zum Grundsatzprogramm

§10 Punkt 5 der Satzung geändert in:

Auf einer LDK pro Legislatur muss ein Workshop angeboten werden, der sich inhaltlich mit dem Grundsatzprogramm auseinandersetzt.

Beschlossene Anträge an die Geschäftsordnung

Wortmeldungen

§6 Punkt 3 der Geschäftsordnung geändert in:

Am Ende des Protokolls werden die Anzahl und die Diversität aller weiblichen sowie männlichen Wortmeldungen im Plenum (in folgender Form: Cis-männliche Redner: Anzahl Cis-männliche Redebeiträge / FTIGQ Redner*innen: FTIGQ* Redebeiträge) vermerkt. Die Zählung ist Aufgabe einer dreiköpfigen von der LDK gewählten Zählkommission.*

Beschlossenes Arbeitsprogramm 2019/20 der LSV NRW

0. Unsere Grundsätze:

Die LSV NRW bekennt sich auch in der Legislatur 2019/2020 zu ihren Grundsätzen und fordert gravierende Änderungen in Schule und Gesellschaft. Wir kämpfen weiterhin für eine Welt frei von Rassismus, Sexismus, Klassismus und allen anderen Formen von Diskriminierung. Die aktuelle kapitalistische Gesellschaft bedeutet Wohlstand für einige Wenige, auf Kosten des größten Teils der Weltbevölkerung. Das reichste 1% besitzt mehr als die ärmere Hälfte der Menschheit¹ und lebt von der Arbeit der anderen 99%. Was auf Weltebene gilt, trifft auch auf die Bundesrepublik Deutschland zu, wo die reichsten 45 Haushalte so viel besitzen, wie die ärmsten 20 Mio. Haushalte – das sind

¹ <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2018-01-22-82-prozent-weltweiten-vermoegenswachstums-geht-reichste-prozent-oder-8-Maenner-besitzen-mehr-als-die-aermere-Haelfte>: <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-01-16-8-maenner-besitzen-so-viel-aermere-haelfte-weltbevoelkerung>

50% der Bevölkerung.² Wie bei dem Geld so auch bei den Zukunftschancen³ oder der CO2-Bilanz: Wer hat, dem wird gegeben und der macht am meisten Dreck. Die Folgen schlechter Bildung und einer zerstörten Umwelt aber werden wir, die 99%, zahlen müssen. Dies ist keine Gesellschaft, wie wir sie uns wünschen, denn das gesellschaftliche System ist die Grundlage für unser Denken und Handeln.

Mehr noch: Die Eliten bauen unsere Welt immer mehr im Interesse ihrer Profitgarantie um. Privatisierungen, Einsparungen, Steuersenkungen, wachsende soziale Ungleichheit, die katastrophale Klimakrise, geschlossene Grenzen und eine steigende Kriegsgefahr sind die Folgen. Für uns ist daher klar: Ein friedliches, soziales und bewusstes Zusammenleben braucht eine grundlegende Veränderung des Gesellschaftssystems. Dazu gehört auch die Schule, die in einen Ort des gemeinsamen und bewussten Lernens umgewandelt werden muss. In unseren Augen sollte in Schule nicht „Ehrfurcht vor Gott“ (Schulgesetz NRW § 2 (2)), sondern vielmehr das Respektieren von Menschenrechten, Tier- und Pflanzenwelt und die Vorbereitung auf ein solidarisches Leben im Vordergrund stehen. Schule bereitet uns mehr und mehr auf unsere individuelle Karriere vor, verliert aber dabei das große Ganze aus dem Blick.

Wir lehnen eine zunehmend ökonomisierte Schule ab und treten für eine Stärkung politischer und historischer Bildung ein, die allen gemeinsam unterrichteten Schüler*innen zugutekommen sollte. Die LSV NRW beschreitet weiterhin den Weg aus einer Schule der Konkurrenz in eine Schule des Vertrauens.

Die LSV NRW bildet sich unabhängig von parteipolitischen Interessen eine eigene Meinung.

1. Menschenwürde und Diskriminierung

Unsere Gesellschaft ist noch immer geprägt von diskriminierenden Vorgängen, Institutionen und Strukturen. So erhalten Frauen trotz gleicher Arbeit nicht den gleichen Lohn und rassistische und sexistische Äußerungen finden wieder verstärkt Einzug in unsere Parlamente. Auch sehen 22% unserer Bevölkerung Homosexualität zwischen Männern immer noch als Krankheit an⁴. Diese Situation ist aus Sicht der LSV NRW nicht hinnehmbar.

Der Landesvorstand soll:

- mindestens einen WS zum Thema Menschenwürde / Diskriminierung auf einer LDK innerhalb der Legislatur anbieten.
- die Einstellung weiterer Schulpsycholog*innen und Sozialarbeiter*innen fordern.
- gezielt gegen Diskriminierung, Sexismus und Homophobie in jeder Form und gegen jeglichen Geschlechtern sowie gegen sexuelle Gewalt arbeiten und internes (z.B. Leitfaden für eine Schule des Vertrauens) und externes Infomaterial dazu (bereit-) stellen.
- Schüler*innen über das Thema „Seelische Gesundheit“ aufklären, sensibilisieren und ihnen Informationsmaterial (z.B. zu Beratungsstellen) zur Verfügung zu stellen. Weiterhin soll der Landesvorstand fordern, dass das Thema im Unterricht behandelt wird.
- ein Awareness Team auf einer LDK ausprobieren.

2. Inklusion

² <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kevin-kuehnerts-kritik-am-kapitalismus-wem-deutschland-gehört-und-wem-nicht-a-1265588.html>

³ <https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2018-10/chancengleichheit-bildung-studium-herkunft-oecd>

⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12990/umfrage/einstellung-zur-homosexualitaet-zwischen-maennern/>

Das Menschenrecht auf Inklusion wird in unseren Schulen noch immer nicht durchgesetzt. Nach der konzeptlosen Inklusion der rot-grünen Landesregierung werden unter der schwarz-gelber Koalition die Uhren wieder zurückgestellt⁵. Eine Abkehr von Inklusion verstößt jedoch nicht nur gegen die Vorstellungen der LSV NRW eines gemeinsamen Lebens und Lernens in Schule und Gesellschaft, sondern auch gegen die UN-Behindertenrechtskonvention. Hohe Kosten sind keine Ausrede dafür, Menschen ihre Rechte zu verwehren. Es wird Zeit, dass inklusive Bildung für die betroffenen Schüler*innen in NRW keine Utopie mehr bleibt.

Der Landesvorstand soll:

- mindestens einen WS zum Thema „Inklusion“ auf einer LDK anbieten
- aktiv die Förderung von SVen an Förderschulen vorantreiben und Jugendliche mit Beeinträchtigung beim Einstieg in die SV unterstützen.
- ein Positionspapier „Inklusion“ erarbeiten und verbreiten.

3. Bildungsunterfinanzierung

Unser Schulsystem ist bereits seit Jahrzehnten chronisch unterfinanziert. Das Ergebnis der Sparpolitik der Politiker*innen der letzten Jahre, zeigt sich tagtäglich in kaputten und dreckigen Schulgebäuden, mangelnden Lehrkräften und fehlenden Lehrmaterialien.

Allein in NRW hat sich ein Investitionsstau von über 15 Milliarden Euro⁶ angesammelt. Ein grundlegendes Umdenken wäre nötig, doch auch unter unserer aktuellen Landesregierung sind die Bildungsausgaben mit jährlich 6200€⁷ pro Kopf in NRW die niedrigsten aller 16 Bundesländer. Auch werden die Geldsorgen der Schulen nicht durch Leuchtturmprojekte - Stichwort „Talentschulen“ - gelöst, sondern nur durch flächendeckende Förderung.

Der Landesvorstand soll:

- eine Stellungnahme zum Zustand der Schulen in NRW hinsichtlich möglicher Verbesserungsmaßnahmen verfassen.
- eine Aktion zu maroden Schulen mit den Themen Schultoiletten, Essensversorgung und digitaler Ausstattung o.ä. durchführen und diese medial verbreiten.
- eine Anfrage an den Städte- bzw. Landkreistag stellen, „Was kostet ein*e Schüler*in das Land/die Kommune?“

4. Demokratische Schule

Unsere Schulen sind noch immer keine Orte gelebter Demokratie. Weder der Unterricht kann von Schüler*innen gleichberechtigt mitgeplant werden, noch müssen bei allen bei Entscheidungen, die die Schulentwicklung betreffen, Schüler*innen mitbestimmen. Dies wird einzig und allein aus dem Grund bisweilen verhindert, dass Schule dazu gedacht ist Maschinen zu produzieren, die perfekt ins System passen und früh lernen sich Autoritäten und Hierarchien zu unterwerfen, wir aber wollen, dass Schule ein Ort der gemeinsamen Bildung in dem Rahmen wird, in dem man es auch als Schüler*in selbst als angemessen erachtet. Die wachsende Politikverdrossenheit der Jugend ist unserer Ansicht nach auch die logische Konsequenz eines Schulsystems, welches noch immer von Autorität und Hierarchie dominiert wird. Die weitverbreitete Scheinbeteiligung der Schüler*innen muss enden, unsere Anliegen müssen endlich in den Entscheidungsprozess mit eingebunden werden. Wir müssen die Institution Schule verändern, demokratischer gestalten, da sie bisweilen nur die kapitalistische Ideologie reproduziert, eine friedliche, soziale und freie Gesellschaft, die wir erreichen wollen, bedarf einer Neukonzeptionierung der Schule, die nicht auf Konkurrenz und Druck, sondern die auf Gemeinschaft und Mitbestimmung setzt.

⁵<https://www.welt.de/politik/deutschland/article179257880/Nordrhein-Westfalen-Kehrtwende-bei-der-Inklusion-an-Regelschulen.html>

⁶https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_483392.html

⁷https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/ausgaben-schueler-5217109167004.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Der Landesvorstand soll:

- sich Gedanken über Verknüpfung von demokratischer Schule und IGGS (Integrative ganztags Gesamtschule) machen.
- einen Workshop zur Demokratisierung von Schule anbieten.
- ein „Recht des Tages/der Woche“ auf seinen Social-Media-Kanälen veröffentlichen.
- eine Neufassung des SV-Erlass anregen.
- eine Rechtsanfrage an das Ministerium zum Thema Stimmrecht für Schüler*innen in Fachkonferenzen verfassen.
- mehr Mitbestimmungsrecht für Schüler*innen an Privatschulen, einfordern.

5. Politische Bildung und Wirtschaftsunterricht

Auch nach der Einführung von G9 wird sich die politische Bildung an unseren Schulen nicht verbessern. Die wöchentlich zur Verfügung stehenden 20 Sekunden pro Schüler*in, um sich zu politischen Themen zu äußern, werden durch eine Stärkung der wirtschaftlichen Themen im Fach Wirtschaft-Politik weiter abnehmen⁸. Die Einführung des Faches Wirtschaft geht auf Kosten der politischen Bildung. Doch diese befindet sich nach Studien ohnehin schon in einem miserablen Zustand⁹. Statt einer Stärkung des Wirtschaftsunterrichts, bräuchten wir viel mehr eine Stärkung des Politikunterrichts. Dazu gehören nicht nur Tage der politischen Orientierung, sondern auch das Erlernen von politischer Handlungsfähigkeit, die auf ein mündiges Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorbereitet.

Außerhalb des Gymnasiums sind die Änderungen noch gravierender, so wird an den Realschulen das Fach „Wirtschaft“ eigenständig und neu eingeführt. Hier bricht die Landesregierung mit der so wichtigen interdisziplinären Behandlung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Für die LSV NRW ist der eingeschlagene Weg mehr als besorgniserregend.

Der Landesvorstand soll:

- neben der bestehenden Berufsorientierung auch Tage der politischen Orientierung einfordern.
- in einem offenen Brief ans Ministerium fordern, dass mehr Zeit für Diskussionen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen zur Verfügung gestellt wird.
- ein Konzept zur effektiveren Berufsorientierung in der Schule entwickeln.

6. Antimilitarismus

Die Aufrüstung ist für uns Schüler*innen besorgniserregend. Jedes Jahr werden mehr als 1.700 Mrd. US-\$ für Waffen ausgegeben¹⁰. Dabei ist Deutschland einer der größten Waffenexporteure der Welt. Unserer Meinung nach darf das Leben im friedlichen miteinander keine Utopie sein, sondern sollte die Realität für die gesamte Menschheit werden. Doch aufgrund der starken Interessen von Reichen und Mächtigen werden noch immer Kriege auf den Rücken der sozial Benachteiligten geführt. Wir glauben jedoch nicht, dass sich Krieg mit Krieg und Waffen mit Waffen bekämpfen lassen. Deshalb fordern wir, dass schon in der Kindheit Menschen zu Frieden erzogen werden - und zwar sowohl im zwischenmenschlichen Miteinander als auch bei Umgang von Staaten untereinander. Dass dabei auch konträre Meinungen vertreten werden sollten, steht für uns außer Frage, jedoch halten wir es für einen Bruch mit dem Beutelsbacher Konsens und dem darin festgeschriebenen Überwältigungsverbot, wenn Soldat*innen der Bundeswehr diese Aufgabe übernehmen dürfen. Wir fordern als einen Schritt zur notwendigen Entmilitarisierung unserer Erde die Aufkündigung des Kooperationsvertrages zwischen dem Land NRW und der Bundeswehr. Soldat*innen stehen in einem Interessenkonflikt, wenn sie als Teil der Gewaltordnung zum Frieden erziehen sollen.

Wichtig zu beachten ist dabei, dass die Bundeswehr keine Armee des Friedens ist. Sie verfolgt außenpolitische Interessen, die unter zwei Gesichtspunkten nicht im Namen des Friedens zu legitimieren sind. Zum einen sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr interventionistische kriegerische Einsätze, es werden Menschenleben vernichtet und auch die Soldaten leiden meist

⁸<https://pub.uni-bielefeld.de/download/2934293/2934488.pdf>

⁹https://cives-school.de/?page_id=5297

¹⁰https://www.sipri.org/sites/default/files/2018-09/sipri_yb18_summary_de_0.pdf

jahrelang an posttraumatischen Folgestörungen, es lässt sich nicht darum herunkommen, es werden Menschen umgebracht. Zum anderen sind die Einsätze der Bundeswehr interventionenpolitische Aktionen, die wirtschaftliche Vorteile für Deutschland bringen.

Der Landesvorstand soll:

- weiterhin die Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr kritisieren und z.B. eine Aktion zum Red Hand Day veranstalten.
- auf einer LDK einen Workshop zum Thema anbieten.

7. Nachhaltigkeit

Die Welt steht vor einer Katastrophe nicht gekannten Ausmaßes: Die durch das rücksichtslose menschliche Wirtschaften hervorgerufene Klimakatastrophe raubt Menschen an vielen Orten der Welt die Lebensgrundlage. Dies wird zu Migrationsbewegungen und Verteilungskonflikten führen. Die Menschheit steht vor enormen globalen Herausforderungen, die gemeistert werden müssen. Deutschland hat seine Klimaschutzziele für das Jahr 2020¹¹ so deutlich verfehlt, dass die Bundesregierung sie schon 2018 hat aufgeben müssen. Noch immer wird 1/3 unseres Stroms aus Kohlekraft erzeugt. Von den fünf Kohlekraftwerken mit höchstem CO₂-Ausstoß in Europa stehen vier in Deutschland¹². Die Fridays for Future Bewegung zeigt, dass wir Jugendliche uns sehr wohl für politische Themen interessieren und bereit sind, viele Wege zu gehen, um für unsere Zukunft zu kämpfen. Wir bewundern diese Bewegung, unterstützen Proteste für den Klimaschutz und setzen uns weiterhin dafür ein, ein allgemeines Streikrecht einzuführen. Doch die Klimakatastrophe lässt sich nicht behandeln, ohne auch die soziale Frage zu stellen. Ein Teil der Menschheit lebt auf Kosten der anderen Menschen - und kann dies individuell nur sehr begrenzt ändern, da die weltweite, profitorientierte Produktion in den Händen von großen Konzernen liegt. Wir fordern eine nachhaltige Entwicklung, in der nicht ökonomische Interessen im Vordergrund stehen, sondern die Bedürfnisse der Menschheit und der Natur.

Der Landesvorstand soll:

- sich für die Einführung eines allgemeinen Streikrechtes für Schüler*innen einsetzen.
- einen Workshop zum Thema Kapitalismus und Umweltschutz auf einer LDK veranstalten.
- einen offenen Brief zur Unterstützung von FfF NRW schreiben.
- einen WS zur nachhaltigen Gestaltung von Schulen anbieten.
- bei Kooperationen zwischen SVen und NGOs vermitteln.

8. Sonstiges

Der Landesvorstand soll:

- einen AK „Landesweite Schüler*innenzeitung“ einrichten.
- sich dafür einsetzen, dass Bezirksverbindungslehrer*innen Entlastungsstunden zugesprochen bekommen.
- sich mit anderen LSVen zu bildungspolitischen Themen austauschen.
- die Entwicklungen rund um die „Bundesschülerkonferenz“ kritisch im Auge behalten.
- zur inhaltlichen Weiterbildung in Austausch mit Wissenschaftler*innen treten.
- die LSV soll mit verschiedenen Organisationen zu passenden Themen zusammenarbeiten.
- jeder BSV ein Landesvorstandsmitglied zuordnen. Die BSVen sollen angeregt werden, einen Jahresbericht zum Ende des Schuljahres an den LaVo zu schicken.
- den SV Basics Reader überarbeiten.
- seine Pressearbeit intensivieren, um alle Schüler*innen zu erreichen.

¹¹<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/klimaschutzbericht-ziele-2020-immissionen-klimawandel>

¹²https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_fossilen_Kraftwerken_in_der_Europ%C3%A4ischen_Union_mit_der_h%C3%B6chsten_Kohlenstoffdioxidemission